



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

14.07.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Bahnanbindung bleibt vorerst Wunschtraum	3
15.07.2025	Nordwest-Zeitung - Ammerländer Nachrichten: Hohe Investitionen in Zwischenlager vorgesehen	5
14.07.2025	Deutscher Bundestag: Parlament entscheidet über Forderung nach AKW-Rückbau-Moratorium	7

Bahnanbindung bleibt vorerst Wunschtraum

Sanierung und Wirtschaftlichkeit sind Knackpunkte bei der Strecke zwischen Greifswald und Lubmin

Der Testbetrieb zum MV-Tag hat Hoffnung gemacht, dass die „Strandbahn“ kommt. Doch das Wirtschaftsministerium MV steht auf der Bremse. Erstmal muss geklärt werden, ob die Verbindung überhaupt wirtschaftlich wäre.

Rund zehn Jahre dauert es, bis der regelmäßige Personenverkehr auf der Bahnstrecke zwischen Greifswald und Lubmin wieder Fahrt aufnehmen kann. So sieht es zumindest das zuständige Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern - nach dem erfolgreichen Test der Verbindung am MV-Tag.

Die Hoffnung, dass ein lang gehegter Wunsch zeitnah in Erfüllung gehen könnte, ist damit vom Tisch. Inzwischen ist klar, woran es im Detail hakt. Und dass es für eine Wiederaufnahme des Betriebs allgemein nicht gut aussieht.

Zwei Faktoren sind für eine potenzielle Reaktivierung der 1999 eingestellten Verbindung von besonderer Bedeutung. Zum einen die notwendige Sanierung der Infrastruktur, zum anderen die alles dominierende Frage nach der Wirtschaftlichkeit. „Infrastrukturprojekte dieser Größenordnung sind langwierig und schon vor dem ersten Spatenstich mit aufwendigen Genehmigungsprozessen und Planungsarbeiten, zum Beispiel zur Streckenertüchtigung, verbunden“, sagt Jonas Bohl, Pressesprecher des Wirtschaftsministeriums.

Zudem sind solche Projekte vor allem eins: kostenintensiv. Heißt, das Land ist auf Fördermittel des Bundes angewiesen, die wiederum an die Wirtschaftlichkeit gekoppelt sind. Und diese ist zumindest fraglich. Zwar hat eine sogenannte Potenzialanalyse der

Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern VMV positive Ergebnisse bezüglich des Fahrgastaufkommens geliefert, allerdings nur in begrenztem Rahmen.

„Hierbei zeichnet sich insbesondere unter der Woche kein ausreichendes Fahrgastpotential für einen Regelbetrieb ab“, betont Pohl. Für die Anforderungen auf Bundesebene dürften ausreichend Fahrgäste allerdings essenziell sein. „Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung stellt die zu erwartenden Kosten eines Streckenausbaus und Betriebs der Strecke dem zu erwartenden Nutzen gegenüber“, führt der Ministeriumssprecher aus.

Heißt: Nutzen nicht genug Menschen die Verbindung, lohnt sich ein Ausbau aus Sicht des Bundes voraussichtlich nicht. Ergo gibt es auch keine Fördermittel, was das endgültige Aus für die „Strandbahn von Greifswald nach Lubmin“ bedeuten könnte. Aber auch abseits des Finanzbedarfs ist die Reaktivierung der Strecke eine Mammut-Aufgabe. Es durften für die Sonderfahrten am MV-Tag zwar Personenzüge rollen, von einer Freigabe für den Regelbetrieb sind die Gleise aber noch weit entfernt. So ist die Verbindung derzeit primär für den Güterverkehr ausgelegt.

In weiten Teilen sei die Strecke daher nur mit einem Tempo von 50 Kilometern pro Stunde befahrbar. „Für einen

dauerhaften Betrieb müsste eine umfassende Sanierung und Ertüchtigung der Strecke erfolgen, um ein marktfähiges Angebot mit höheren Geschwindigkeiten anbieten zu können“, sagt Pohl.

Bahnsteige nicht mehr auf der Höhe der Zeit

Allein mit den Gleisen ist es allerdings nicht getan. „Auch entsprechen die Bahnsteige hinsichtlich der Höhe und Ausstattung nicht mehr den heutigen Anforderungen“, so Bohl. Selbst der Greifswalder Hauptbahnhof bleibt davon aus Sicht des Ministeriums sehr wahrscheinlich nicht verschont. „Teile des Regelbetriebes würden zudem auf der Vorpommern-Magistrale durchgeführt werden, die dafür voraussichtlich ebenfalls ertüchtigt werden müsste.“

Tatsächlich ist diese Strecke - quer durch Vorpommern von Sassnitz nach Berlin - wie die fragliche Verbindung zwischen Hansestadt und Seebad bereits seit einigen Jahren im Fokus der lokalen Politik. Mit ähnlich mäßigem Erfolg. Jüngst war ein Sonderzug unter anderem mit den beiden Vorpommern-Landräten sowie diversen Bürgermeistern in die Hauptstadt unterwegs, um der Forderung nach einer umfassenden Sanierung erneut Nachdruck zu verleihen. Ziel ist hier der Ausbau, um höhere Geschwindigkeiten zu ermöglichen.

Wörter:	537	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Karsten Riemer	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	9	Auflage:	6.122 (gedruckt) ¹
Ressort:	Lokales Greifswald		6.986 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		7.566 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,03601 (in Mio) ²

¹
IVW 1/2025

²
AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Hohe Investitionen in Zwischenlager vorgesehen

Kernkraftwerk BGZ sorgt für völlig unabhängigen Betrieb in Kleinensiel – Endlager-Suche verzögert sich

Horst Lohe

Kleinensiel/Rodenkirchen/hlo - Damit auch nach dem komplett vollzogenem Rückbau des im Jahr 2011 stillgelegten Kernkraftwerkes Unterweser (KKU) in Kleinensiel die dort zwischengelagerten Brennstäbe und radioaktiven Abfälle sicher aufbewahrt werden können, bereitet die BGZ gegenwärtig einen vom Kraftwerk unabhängigen Zwischenlager-Betrieb vor. Darüber haben jetzt Stephan Thode, stellvertretender Leiter der beiden Zwischenlager Unterweser, und Pressesprecher Jonas Wingert den Stadler Gemeinderat in einer öffentlichen Sitzung im Rathaus in Rodenkirchen informiert. Ihren Angaben zufolge sind Investitionen in hohem Umfang in Kleinensiel vorgesehen.

Zweifel und Kritik

Die 2017 gegründete Bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) betreibt am Standort des stillgelegten KKU in Kleinensiel eines von bundesweit 17 Zwischenlagern für Brennelemente und hochradioaktive Abfälle aus Wiederaufarbeitung sowie zwei von bundesweit 13 Zwischenlagern für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus Betrieb und Stilllegung. Gegenwärtig sind hier 35 Mitarbeitende tätig. Ihre Zahl wird in den kommenden Jahren auf 42 bis 45 wachsen.

Zurzeit stellt die BGZ schrittweise die Unabhängigkeit des Zwischenlager-Betriebs während des laufenden Rückbaus des KKU her. Zudem laufen weiterhin Forschungsprojekte zu Behältern, Inventar und Gebäuden.

Ziel ist, die bisher auf 40 Jahre vorgesehene Brennelemente-Zwischenlagerung (bis zum Jahr 2047) wegen der sich länger – voraussichtlich bis 2074 – hinziehenden bundesweiten Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Brennelemente und Abfälle entsprechend verlängern zu können.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Elke Kuik-Janssen merkte an, dass von ihr und weiteren Kritikern in der Vergangenheit immer wieder eingewendet worden sei, dass nach der Errichtung des Brennelemente-Zwischenlagers im Jahr 2019 nicht schon in 40 Jahren ein Endlager gefunden werde. Zudem gebe es hinsichtlich der Zwischenlager in Kleinensiel Zweifel an der Deichsicherheit. Die BGZ-Vertreter stuften diese Zweifel jedoch als haltlos ein. Selbst im Falle eines Deichbruchs werde keine Gefahr von den Zwischenlagern ausgehen, weil die eingelagerten radioaktiven Stoffe dort sicher eingeschlossen seien.

36 Millionen Euro

Um die Zwischenlager vom stillgelegten KKU abzukoppeln, geht es aktuell in Kleinensiel um Brandmeldeanlage, Signal- und Kommandoanlage, Anlagensicherungssysteme und Wasserver- und -entsorgung sowie im zweiten Abfall-Zwischenlager auch um die Beantragung weiterer Behältertypen zur Einlagerung und um die Implementierung der Anlagen-Sicherungsleittechnik.

Für rund 36 Millionen Euro wird ein dreigeschossiges neues Wach- und Funktionsgebäude inklusive Werkstätten, einer Fahrzeughalle sowie einer separaten Zufahrt errichtet. Die Gesamtfläche des Gebäudes beläuft sich auf 5.000 Quadratmeter. Es soll durch Photovoltaikanlage und Erdwärmepumpe mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Der symbolische Spatenstich fand am 8. August vergangenen Jahres statt. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2027 geplant.

Nach der Ratssitzung in Rodenkirchen merkte BGZ-Pressesprecher Jonas Wingert an: „Der regelmäßige Austausch mit der Öffentlichkeit und den Standortkommunen ist für uns wichtig, um Transparenz und Vertrauen in unsere Arbeit zu gewährleisten. Diesen Dialog setzen wir auch in Zukunft fort.“

Wörter: 428
Autor/-in: Horst Lohe
Seite: 12
Ressort: Ammerland
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 12.949 (gedruckt)¹
17.858 (verkauft)¹
18.002 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05264 (in Mio)²

¹
IVW 1/2025

²
AGMA ma 2024 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Deutscher Bundestag

Parlament entscheidet über Forderung nach AKW-Rückbau-Moratorium

14. Juli 2025 02:47 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Liveübertragung: Donnerstag, 11. September, 13.10 Uhr

Der Bundestag entscheidet am Donnerstag, 11. September 2025, nach halbstündiger Debatte über die von der AfD-Fraktion erhobene Forderung nach einem „Moratorium für den Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke“. Zu dem so betitelten Antrag der Fraktion (21/220) hat der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine Beschlussempfehlung (21/386) abgegeben. Der Ausschuss votiert darin für die Ablehnung des Antrags.

Antrag der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion verlangt von der Bundesregierung, die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzungen sowie das Verbot der gewerblichen Produktion von Elektrizität durch Kernkraftwerke im Allgemeinen durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben. Außerdem soll der Rückbau aller abgeschalteten Kernkraftwerke, die wieder als betriebstüchtig hergestellt werden können, „unverzüglich“ gestoppt werden. Dazu sollen die zuständigen Landesregierungen angewiesen werden, die Genehmigungen zum Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke zu widerrufen.

Des Weiteren fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, „ihre rein voreingenommene ideologische Grundüberzeugung gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie aufzugeben“ und sich der „Atomallianz“ von 22 Staaten, die sich auf der Weltklimakonferenz in Dubai gegründet hat, beizutreten. Nach Auffassung der AfD-Fraktion war der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein „energie- und volkswirtschaftlicher Fehler“. Die bisherige Umsetzung der Energiewende habe zu massiven zusätzlichen Risiken bei der Sicherheit der kontinuierlichen Stromversorgung geführt, wie am 28. April 2025 in Spanien und in angrenzenden Ländern sichtbar geworden sei. Die Blackout-Risiken könnten „am besten mit der Wiederinbetriebnahme der großen Kernkraftwerksblöcke“ beherrscht werden, heißt es in der Vorlage. (nki/hau/14.07.2025)